

**BRIEF AUS BERLIN – NR. 3/2014****Inhalt**

- + Vorwort
- + Verlängerung ISAF-Mandat
- + Einsetzung Ausschuss „Digitale Agenda“
- + „Genmais“
- + Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
- + Neues zur BAföG-Reform
- + Minderheitenrechte für die Opposition

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

in der letzten Sitzungswoche ist wieder viel passiert. So beschäftigte sich der Bundestag mit der Verlängerung des ISAF-Mandates in Afghanistan, welches aber gleichzeitig auch die letzte Verlängerung vor dem Abzug der deutschen Truppen bedeutet, bevor die vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte erfolgt, die mit einer Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission, der Resolute Support Mission (RSM), verbunden ist.



Ein wichtiges Zeichen, dass auch der Deutsche Bundestag „auf Höhe der Zeit“ ist, war die Einrichtung des neuen Ausschusses „Digitale Agenda“, von dem nicht nur ich mir wichtige Impulse in diesem so wichtigen und allgegenwärtigen Zukunftsfeld erwarte.

Für Aufmerksamkeit sorgte auch das Thema Genmais. Zu diesem Thema erreichten mich viele Bürgeranfragen. Ich habe mein Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag mit einer persönlichen Erklärung verknüpft, die in diesem Brief aus Berlin nachgelesen werden kann und meiner Position zu diesem Thema entspricht.

Der SPD-Parteivorsitzende und gleichzeitig Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel trug ebenfalls in der vergangenen Woche den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vor, der Deutschland ein gutes Zeugnis und eine zuversichtliche Prognose attestiert.

Persönlich wichtig ist mir abschließend auch, dass wir uns mit der in dieser Legislaturperiode besonderen Situation einer im Vergleich zur Regierungskoalition kleinen Opposition beschäftigt haben und deren Minderheitenrechte stärken möchten. Denn unsere Demokratie lebt und fällt auch mit einer starken Opposition, die die Regierung überwachen kann.

Wie immer freue ich mich über Anregungen. Ich wünsche Ihnen und Euch eine spannende Lektüre und einen guten Wochenstart!



## Kabinett beschließt Verlängerung des ISAF-Mandats

Die Bundesregierung hat am 5. Februar 2014 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) beschlossen. Der Antrag auf Zustimmung zur Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte wurde Ende dieser Woche in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das Kabinett verabschiedete auch den „Fortschrittsbericht Afghanistan“ für 2013. Darin zieht die Bundesregierung ein vorsichtig positives Fazit mit Blick auf die Sicherheitslage: Trotz hoher Verluste seien die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage, zumindest in Ballungszentren und entlang bedeutender Verkehrswege eine „ausreichend kontrollierbare Sicherheitslage“ zu gewährleisten. In anderen Regionen sei die Bedrohung durch „regierungsfeindliche Kämpfer“ weiterhin hoch.

Grundlage des deutschen Engagements in Afghanistan ist eine Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der am 10. Oktober 2013 letztmalig eine Verlängerung des ISAF-Einsatzes bis zum 31. Dezember 2014 autorisiert hat. Entsprechend wurde die Mandatslaufzeit auf zehn Monate bis zum 31. Dezember 2014 verkürzt. Dabei wird die Personalobergrenze von maximal 4400 Soldaten auf bis zu 3300 verringert. Im Laufe dieses Jahres wird ISAF die vollständige Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte und damit die im Juli 2011 eingeleitete Transition abschließen. Die Grundlage hierfür ist der bei der Afghanistan-Konferenz in London am 28. Januar 2010 durch die internationale Staatengemeinschaft beschlossene Ansatz für Afghanistan, festgeschrieben unter dem Leitmotiv „Übergabe in Verantwortung“. Der Abschluss der Übergabe der Sicherheitsverantwortung am 31. Dezember 2014 markiert den Abschluss des militärischen Engagements der NATO und ihrer Partnerstaaten in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Einsatzes. Afghanistan wird dann aller Voraussicht nach in der Lage sein, die Sicherheitsverantwortung im gesamten Land eigenständig wahrzunehmen.

Die Beendigung der ISAF-Mission und der damit verbundenen Übergang in eine Transformationsdekade soll militärisch mit einer von der NATO geführten Ausbildungs-, Beratungs- und Unterstützungsmission, der Resolute Support Mission (RSM), unterstützt werden. Diese neue Mission



ist nicht als Kampfeinsatz geplant und somit deutlich von der Vorgängermission ISAF zu unterscheiden. Das Zustandekommen von RSM hängt vom erfolgreichen Abschluss eines bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Afghanistan ab. Die Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich bereit, in der Nachfolgemission eine besondere Verantwortung zu übernehmen, die sich aus der besonderen Verbundenheit mit dem afghanischen Volk und dem festen Willen zur Bewahrung des in zwölf Jahren Afghanistan-Einsatz Erreichten herleitet. Der Einsatz soll auf einer neuen Sicherheitsresolution der Vereinten Nationen beruhen. Die Beteiligung deutscher Soldaten stünde unter dem Vorbehalt der konstitutiven Zustimmung durch den Deutschen Bundestag.

---

### **Neuer Ausschuss "Digitale Agenda"**

Die zunehmende Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft über das Internet wird im Bundestag künftig intensiver behandelt: Am Donnerstag hat das Parlament den neuen Ausschuss «Digitale Agenda» offiziell ins Leben rufen. Die 16 Mitglieder – sieben aus der Union, fünf aus der SPD und je zwei von den Grünen und den Linke – wollen sich unter anderem mit dem Breitbandausbau, der besseren Förderung von Gründern aus dem IT-Bereich und der Sicherheit im Internet befassen. Für das Thema Internet war bislang ein Unterausschuss «Neue Medien» des Kultur-Ausschusses zuständig. Der neue Ausschuss muss künftig bei Gesetzesvorhaben zum Thema beratend hinzugezogen werden. Ungeachtet der jüngsten Skandale um die Netz-Ausspähungen von Geheimdiensten und die Zunahme von Sicherheitslücken und Kriminalität im Netz soll sich der Ausschuss aber nicht hauptsächlich mit Datenschutz und Bürgerrechten befassen, stattdessen mehr die Chancen des Internets ins Blickfeld rücken anstelle der Risiken.

Eine wichtige Aufgabe des Ausschusses wird es sein, eine digitale Agenda aufzustellen, welche dieses enorme wirtschaftliche Potential für Deutschland weiter stärkt. Das Internet ist ein Querschnittsthema, deshalb wird der Ausschuss vor allem koordinieren müssen. Ein Schwerpunktthema wird auch der für den Rheingau-Taunus-Kreis und Limburg wichtige Breitbandausbau sein, der laut Koalitionsvertrag bis 2018 auch kleine Orte erreicht haben soll. Hier

---



gebe es möglicherweise Synergien mit der Energiewende, mit denen sich der Ausschuss ebenfalls befassen wird.

In der Bundesregierung ist das Thema Internet hauptsächlich auf drei Ressorts verteilt: Das Innenministerium befasst sich mit den Sicherheitsfragen, das Wirtschaftsministerium mit der Förderung der Digitalwirtschaft und das Verkehrsministerium mit dem Breitbandausbau. Auch das Justiz- und das Wissenschaftsministerium beschäftigen sich mit Aspekten der Digitalisierung. Bis zum Sommer will die große Koalition eine eigene digitale Agenda vorlegen.

---

### **Sachstand Gentechnik: SPD-Bundestagfraktion will weiterhin keinen Genmais**

Zu dem Thema Genmais – konkret der Zulassung der Maislinie 1507 auf europäischer Ebene – erreichten mich – guten Grundes – viele Bürgeranfragen. Mit diesem Newsletter möchte ich dazu gerne Stellung beziehen und hoffe damit, Ihre/Eure Anfragen dazu zufriedenstellend zu beantworten:

Der SPD wird seit der namentlichen Abstimmung zum Genmais am 30. Januar 2014 vorgeworfen, dass wir nicht zu unserem Wahlprogramm stünden, da die SPD-Fraktion mit „Ja“ gestimmt hatte.

Der Koalitionsvertrag besagt dazu Folgendes: *"Wir lehnen – wie 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, denn die Grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. [...] An der Nulltoleranz gegenüber nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln halten wir fest – ebenso wie an der Saatgutreinheit. Das entspricht dem Vorsorgeprinzip und ist zudem Voraussetzung dafür, dass auch künftig Lebensmittel erzeugt werden können, die den Bedürfnissen der Verbraucherinnen und Verbraucher entsprechen: ohne Gentechnik."* Doch die beschriebenen Vorwürfe sind unberechtigt! Wir stehen (weiterhin) zu dem, was wir fordern – nur regieren wir (leider) nicht allein. Fakt ist: Unser schlechtes Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2013 geht damit einher, dass wir unsere Forderungen nicht im Alleingang durchsetzen können. In der Frage der Gentechnik hat sich letztlich offenbart, dass Bundeskanzlerin Merkel sich öffentlich zur Gentechnik bekennt. Meine Fraktionskollegin, Elvira Drobinski-Weiß, SPD-Verbraucherpolitikerin und federführend zuständig für



das Thema Genmais, kritisierte das Agieren der Bundesregierung und wies auch öffentlich auf den Einfluss von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in dieser Sache hin.

Es gehört zur parlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb einer Koalition, dass Anträge, Gesetzentwürfe sowie weitere politische Positionen gemeinsam entwickelt und nach außen dokumentiert werden. Daran ist auch die SPD-Bundestagsfraktion gebunden. Um dennoch ein deutliches Zeichen zu setzen, haben 71 SPD-Bundestagsabgeordnete eine persönliche Erklärung zur Abstimmung am 30. Januar im Bundestag abgegeben. Es hatten sich 15 SPD-Abgeordnete enthalten. Damit haben sie gleichzeitig deutlich gemacht, dass sie nicht mit der Entscheidung der Bundesregierung einverstanden sind.

Ich persönlich wende mich – wie viele meine SPD-Fraktionskollegen – entschieden gegen die Einfuhr von Genmais und habe daher am 30. Januar 2014 bei der namentlichen Abstimmung ebenfalls eine persönliche Erklärung abgegeben, aus der eindeutig hervorgeht, dass ich das Abstimmungsverhalten nicht gutheißen kann. Die Erklärung stelle ich Ihnen dem Artikel anschließend zur Verfügung.

#### *Was ist seit der namentlichen Abstimmung passiert?*

Bei dem Treffen der EU-Europaminister vergangenen Dienstag hatten sich 19 der 28 Teilnehmer gegen die Genehmigung ausgesprochen. Obwohl wir im Hintergrund daran gearbeitet haben, dass die Bundesregierung ihre Enthaltung in eine Ablehnung des Zulassungsantrages ändert, kam die nötige Stimmenzahl für eine Ablehnung letztlich nicht zusammen. Selbstverständlich haben wir uns dabei, auf den vereinbarten Koalitionsvertrag und die Mehrheit der deutschen und europäischen Bürgerinnen und Bürger berufen.

Fakt ist: Die Bundesregierung enthielt sich, da sie intern uneins ist – dies ist ein übliches Verfahren. Die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteitag hatten die Bundesregierung ausdrücklich aufgefordert bei der Gen-Mais Entscheidung am 11. Februar 2014 in Brüssel mit Nein zu stimmen. Innerhalb der Bundesregierung haben sich die beteiligten SPD-Ressorts (Wirtschaft, Umwelt und Justiz) und das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium klar gegen eine Zulassung von Gen-Mais ausgesprochen. Die CDU-geführten Ministerien, Forschung und Gesundheit, sind für die Zulassung



der Gen-Mais Sorte - aus „grundsätzlichen Erwägungen“ mit Prokura aus dem Kanzleramt. Nach diesem „Veto“ erfolgte die allgemeine Praxis:

Bei unterschiedlichen politischen Einschätzungen innerhalb der Bundesregierung ist es üblich, auf EU-Ebene mit „Enthaltung“ zu stimmen. Damit liegt die Entscheidung nun bei der EU-Kommission, die dem Mais 1507 offen gegenübersteht. Tatsache ist aber auch: Der genveränderte Mais der US-Saatgutfirma *Dupont Pioneer* ist resistent gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel und Mottenlarven – und stellt eine Gefahr für Umwelt und Artenvielfalt dar.

Auch wenn die Maissorte 1507 auf EU-Ebene – so wie es derzeit aussieht – zugelassen werden wird, so bleibt uns ab diesem Zeitpunkt nur der Blick nach vorn: Momentan werden in der EU bereits über Ausnahmeregelungen für Deutschland diskutiert. So sprach sich CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt am Mittwoch für nationale Ausstiegsklauseln aus. «Jedes Land soll eigenständig entscheiden können, ob es den Anbau zulässt oder nicht.»

SPD-Fraktionsvize Ute Vogt dagegen fordert, vorrangig eine Sonderklausel für die wenigen EU-Länder anzustreben, die den Mais anbauen wollen da es absurd sei, Ausnahmen für 25 Mitgliedsstaaten zu regeln. Über die weiteren Schritte bei diesem sensiblen Thema werde ich weiter berichten.

-----  
**Erklärung nach §31 GO BT des Abgeordneten Martin Rabanus**

**zum Antrag der GRÜNEN BT-Dr. 18/180 „Keine Zulassung der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 für den Anbau in der EU“; TOP 6b am 30.01.2014**

*„Als Sozialdemokrat lehne ich den Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, da er nicht kontrollierbar ist, ein Verunreinigungsrisiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft darstellt und von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird. Viele Bürgerinnen und Bürgern sehen keinen Nutzen, aber viele Nachteile, Unsicherheiten oder gar Gefahren. Die große Mehrheit will genveränderte Pflanzen weder auf dem Acker noch im Essen.“*

*Auch für eine Vielzahl deutscher Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft ist der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen ein Qualitätsmerkmal und existenzieller*



*Wettbewerbsvorteil. Der internationale Markt für gentechnikfreie Lebensmittel aus Europa, an welchem mittlerweile hunderttausende von Arbeitsplätzen hängen, wächst stetig.*

*Aktuell hat am 16.1.2014 auch das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit quer durch alle Fraktionen eine Entschließung gegen grüne Gentechnik und die Zulassung des GVO-Mais 1507 verabschiedet.*

*Die grüne Gentechnik darf den Menschen nicht aufgezwungen werden. Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns immer wieder in Initiativen und Anträgen – z. B. auf dem Parteitag am letzten Wochenende – gegen Zulassung, Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen positioniert.*

*Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen auch die Zulassung des GVO-Mais 1507 ab. Wenn ich heute den Antrag der Grünen nicht unterstütze, dann tue ich dies aus Gründen der Koalitionsraison. Ich tue dies aber auch im Vertrauen darauf, dass diese Bundesregierung sich an den Koalitionsvertrag hält. Darin wurde vereinbart, die Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik anzuerkennen.*

*Zwei aktuelle Untersuchungen aus Dezember 2013 und Januar 2014 zeigen erneut die großen Vorbehalte der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik: Laut Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (im Auftrag von Greenpeace) lehnen 88 Prozent die grüne Gentechnik ab, und laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts EMNID (im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums) wollen 83 Prozent keine Gentechnik in der Landwirtschaft.*

*Ich erwarte – und ich vertraue darauf –, dass die Bundesregierung die Koalitionsvereinbarung konsequent umsetzt, die Vorbehalte der Bevölkerung anerkennt, und in Brüssel gegen die Zulassung des GVO-Mais 1507 stimmt.“*





## Jahreswirtschaftsbericht: Sigmar Gabriels Regierungserklärung

„Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt“, so der Titel des Jahreswirtschaftsberichts 2014, den Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Donnerstag in seiner Regierungserklärung vorstellte. In der Debatte ging es auch um das Jahresgutachten 2013/2014 zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drs. 18/94), in dem die Sachverständigen für das Jahr 2014 von einem soliden Wachstum ausgehen.

Sigmar Gabriel verdeutlichte in seiner Rede, dass er die stabile wirtschaftliche Lage für neue Impulse für eine gute wirtschaftliche Entwicklung, für Investitionen und Innovationen nutzen wolle. Unser Wirtschafts- und Energieminister machte dabei eines deutlich: die SPD kann Wirtschaftspolitik!

Wir setzen neue Akzente für eine aktive Wirtschaftspolitik. Es gilt aber auch, große Herausforderungen zu meistern: Wir brauchen eine leistungsstarke Infrastruktur, eine erfolgreiche Energiewende und einen zukunftsfesten und gerechten Arbeitsmarkt. Dazu gehört es, die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aber auch die Inlandsnachfrage zu stärken. Sigmar Gabriel steht dabei für eine anpackende und gestaltende Wirtschaftspolitik, die auf eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft im Schulterschluss von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften ausgerichtet ist.

Vom kommenden Jahr an soll der Bundeshaushalt auch ohne Nettokreditaufnahme aufgestellt werden. „Der Bund trägt damit wesentlich zur geplanten Absenkung der gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote auf unter 70 Prozent des BIP bis Ende 2017 und auf unter 60 Prozent des BIP innerhalb von zehn Jahren bei“, heißt es in dem Bericht.



## **SPD fordert eine substantielle Modernisierung des BAföGs**

Anlässlich der Debatte im Plenum zum Antrag der Linken zur Forderung einer umfassenden BAföG-Reform gelang es der Koalitionsfraktion sich mit klaren Ideen und Maßnahmen gegenüber der Opposition durchzusetzen.

Die Linke fordert in ihrem am 14. Februar im Bundestagsplenum eingebrachten Antrag eine umfassende BAföG-Reform und eine Anhebung der Bedarfssätze um mindestens zehn Prozent. Nach Auffassung der Linken sollen die Bedarfssätze künftig an die allgemeine Preis- und Einkommensentwicklung angepasst und die Ausbildungsförderung wieder als rückzahlungsfreier Vollzuschuss gewährt werden. Damit einhergehend soll auch der Kreis der Berechtigten erweitert werden. Weiterhin soll die Förderung von Schülern an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in der Oberstufe, den Berufsfachschulen sowie Fach – und Oberschulklassen wiedereingeführt werden. In ihrem umfangreichen Forderungskatalog tritt die Linke auch für die „Bolognatauglichkeit“ des BAföG ein, d. h. u. a. die uneingeschränkte Förderung von Masterstudiengängen auch bei Unterbrechung des Studiums, die Abschaffung der Altersgrenzen sowie die Möglichkeit einer Auslandsförderung für ein gesamtes Studium im Bologna-Hochschulraum.

Richtig ist, dass laut der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 2012 vier Fünftel der geförderten Studenten davon ausgehen, dass sie ohne BAföG nicht studieren könnten. Demzufolge ist und bleibt das BAföG die zentrale und wichtigste Säule der staatlichen Studienfinanzierung und stellt damit auch eines der wichtigsten Entscheidungskriterien für die Aufnahme eines Studiums, insbesondere in Nicht-Akademiker-Familien, dar.

Die Forderungen der Linken wurden bei der Debatte von der Koalitionsfraktion als ein „Wünsch-Dir-Was“-Katalog bezeichnet – unrealistisch seien bislang Umsetzung und Finanzierbarkeit. Oliver Kaczmarek, stellvertretender Sprecher der AG-Bildung der SPD-Bundestagsfraktion, betonte die Bedeutung des BAföGs „als ein Finanzierungsmodell mit sozialer Verantwortung, was mit der Zeit gehen muss“. Damit einhergehend vertritt er die Sicht der SPD, die Notwendigkeit das BAföG auch an die Realität von Teilzeitstudiengängen sowie Studierenden mit eigener Familien anzupassen. SPD-



Fraktionsvize Hubertus Heil hatte zuvor gemahnt: „Herr Schäuble und Frau Wanka stehen jetzt in der Pflicht, eine substantielle BAföG-Reform nicht nur anzukündigen, sondern de facto umzusetzen.“ Der SPD-Parteivorstand hat dazu bei seiner letzten Sitzung die SPD-Bundestagsfraktion gebeten, gemeinsam mit den SPD Bildungspolitiker/innen der Länder dafür einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln. Dieser Vorschlag soll die Finanzsituation der Bundesländer berücksichtigen und entsprechend eine Finanzierung der anstehenden BAföG-Novelle durch den Bundeshaushalt gewährleisten.

Über die Notwendigkeit der Reformierung des BAföG sind sich die Koalitionsparteien zwar einig, allerdings ist ein Streit über das „Wie?“ und die Finanzierung einer höheren Ausbildungsförderung für Studierende entbrannt. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) wies den Beschluss der SPD, die BAföG-Reform ausschließlich aus Bundesmitteln zu finanzieren, als verantwortungslos zurück. Die SPD prangert dagegen die Unehrllichkeit bei dem Thema Finanzierung an.

#### **Zum Hintergrund:**

Aus dem aktuellen BAföG-Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass ein förderungsberechtigter Student heute 448 Euro monatlich erhält. 2011 waren dies 452 Euro, im Jahr zuvor 436 Euro. Der Förderhöchstsatz für einen nicht mehr bei den Eltern lebenden Studenten beträgt dabei 670 Euro. Die Zahl der BAföG-Empfänger hat mit 630.000 Studenten den höchsten Stand seit 30 Jahren erreicht. Entsprechend sind die Gesamtausgaben des Staates zwischen 2010 und 2012 von 2,84 Milliarden Euro auf 3,34 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen. Allerdings sind der Anteil unter den Studierenden, die mit BAföG unterstützt werden sowie der durchschnittliche monatliche Förderbeitrag seit Herbst 2012 rückläufig. Positiv hat sich das Auslandsstudium mit BAföG entwickelt. 2012 wurden weltweit fast 54.000 Auslandsaufenthalte deutscher Studierender mit BAföG unterstützt. Das ist ein Viertel mehr als noch 2010.



## Sicherung der Oppositionsrechte

Ein weiteres Thema, das in dieser Woche im Plenum behandelt wurde, ist die Sicherung der Oppositionsrechte. Die Bildung der Großen Koalition hat zur Folge, dass ihr mit GRÜNEN und LINKEN eine kleine Opposition gegenübersteht. GRÜNE und LINKE haben zusammen nicht mehr genügend Sitze im Bundestag, um beispielsweise Untersuchungsausschüsse einsetzen oder eine Sitzung des Bundestages einberufen zu können.

Eine Demokratie braucht aber eine starke und handlungsfähige Opposition. Für uns ist es daher selbstverständlich, deren Rechte zu stärken. Daher bringt die Große Koalition einen Gesetzesentwurf ein, durch den die Minderheitenrechte deutlich gestärkt werden. Forderungen der GRÜNEN und der LINKEN nach mehr Redezeit, die Möglichkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und vieles mehr sind dabei berücksichtigt. Außerdem wird der Oppositionszuschlag und somit die finanziellen Mittel für die Fraktionen der GRÜNEN und LINKEN deutlich erhöht. Gleichzeitig muss aber auch klar sein, dass ein/e Politiker/in der Opposition nicht mehr Rechte haben kann als einer der Regierungsfraktion. Schließlich sind die Mehrheiten auch vom Volk gewählt. Wir gehen der Opposition durch die Änderungen der Geschäftsordnung einen großen Schritt entgegen. Nun ist es aber auch an LINKEN und GRÜNEN, etwas daraus zu machen.